

Reform der Erbschaftssteuer? Seite 2

Nur Theater ums Theater? Seite 3



Pflegen bis der Arzt kommt Seite 5

Verwaltungsstrukturreform – die Debatte nimmt Fahrt auf

Seit mehreren Jahren wird jetzt über strukturelle Veränderungen im Land Brandenburg diskutiert, beraten und gestritten. Mit der Verabschiedung des Leitbildes wurde ein vorläufiger Endpunkt in diesem Streit gesetzt. Im September veröffentlichte der Innenminister gemeinsam mit dem Finanzminister die Überlegungen der Landesregierung zu den künftigen Kreiszuschnitten. Ergebnis ist, dass Brandenburg an der Havel gemeinsam mit dem Amt Beetzsee zukünftig zum Kreis Havelland gehören soll. Was bedeutet dies nun für unsere Stadt?

In allererster Linie sollte es spätestens jetzt zwischen den Betroffenen, also dem Kreistag Havelland und der SVV in Brandenburg, zu gemeinsamen Beratungen kommen, um darüber zu diskutieren, welche Chancen und Risiken in der zukünftigen Struktur liegen. Die Fraktionen der LINKEN sind diesen Schritt Anfang Oktober gegangen und haben sich mit dem Finanzminister getroffen. Weitere Aktivitäten wurden vereinbart.

Ergebnis der ersten Beratung ist, dass die Fraktionen im Gespräch bleiben, auch wenn

es zu vielen Themen lebhaft Kontroversen gab. Vor allem die Tatsache, dass Funktional- und Strukturreform nicht mehr nacheinander – wie ur-

Stand der Dinge nicht mehr zielführend. Denn so wird keine gemeinsame Region geschaffen, sondern werden regionale Egoismen weiter

dass Brandenburg an der Havel auch in diesem Jahr keinen vom Land genehmigten Haushalt erhalten wird und damit auch keinen Spielraum für die Finanzierung neuer freiwilliger Aufgaben hat, obwohl das dringend nötig wäre, ist diese reine Blockadehaltung unklug.

Mit den Finanzmitteln, die das Land für den Fall der Einkreisung der Stadt über eine Teilentschuldung, eine Einmalkostenpauschale und einen Anpassungszuschuss in Aussicht stellt, ist eine deutliche Verbesserung der Finanzlage und damit der politischen Spielräume möglich. Brandenburg an der Havel hat gemeinsam mit dem Kreis Havelland die Chance, sich so aufzustellen, dass es auch für die kommenden Jahrzehnte eine attraktive Region im Land ist. Dass dies funktionieren kann, hat z. B. die BUGA gezeigt. Was sich für den Einzelnen verändern – oder eben gerade nicht verändern – wird, soll in den kommenden Diskussionsrunden transparent kommuniziert werden.

*René Kretzschmar
Fraktionsvorsitzender der
LINKEN*



sprünglich geplant –, sondern gleichzeitig stattfinden, wurde kritisiert. Deutlich wurde jedenfalls, dass es jetzt darum gehen muss, das Beste für die gesamte Region herauszuholen. Dies gelingt nur, wenn man konstruktiv mit dem Land diskutiert.

Leider hat sich Dietlind Tiemann, die Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg, dafür entschieden, ausschließlich auf die Karte der Konfrontation mit dem Land zu setzen. Aus unserer Sicht ist dies beim gegenwärtigen

gepflegt.

Das Entscheidende für unsere Stadt ist, dass es auch zukünftig einen ordentlichen ÖPNV, eine funktionierende Gesundheitsversorgung und eine angemessene soziale Infrastruktur für alle geben soll und muss. Dieses Ziel scheint bei den städtischen Verantwortungsträgern leider gegenüber dem Ziel, der Landesregierung zu schaden, zweitrangig zu sein. Wie sonst ist die einseitige Stimmungsmache zu verstehen. Gerade unter dem aktuellen Aspekt,

Wussten Sie schon...

... dass jährlich auf der Erde etwa 18 Millionen Menschen an Hunger sterben. Wir haben aber weltweit eine Landwirtschaft, die die Menschheit zweimal ernähren könnte. Die Bundesregierung lässt es wie andere entwickelte Industrieländer geschehen, dass der Profit von Konzernen Vorrang vor dem Überleben von Menschen hat.

... dass die reichsten 80 Personen auf der Erde genauso viel besitzen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit, also wie 3,5 Milliarden Menschen. Auch in Deutschland hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich kontinuierlich vergrößert. Es hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa.

... dass nach russischen Angaben der Handel zwischen den USA und Russland im letzten Jahr um 6 bis 11 Prozent zugenommen hat. Gleichzeitig verlangen die USA aber von der EU Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland. Deutschland hat dadurch deutliche ökonomische Einbußen, die gerade mittelständische Unternehmen an den Rand der Insolvenz bringen.

... dass die genannten Tatsachen das Vertrauen der Menschen in eine funktionierende Demokratie nachhaltig erschüttert haben. Wen wundert es da, wenn sie sich nach scheinbar einfachen Lösungen für ihre Probleme sehnen und ihr Heil in Rassismus, Nationalismus und Fremdenhass suchen.

*Redaktion Havelbrandung
(inspiriert von einer Rede
Gregor Gysis im Bundestag)*

Adler und Milan

„Warum ist deinem Namen die Farbe Rot beigelegt“, fragte der Adler den Roten Milan, „etwa wegen der paar rotbraunen Federn an deinem Bauch? Lächerlich!“ Darauf der Milan: „Warum spielst du dich als Wappentier in Rot auf, ohne auch nur eine Spur von Rot an dir zu haben?“ - „Was schert mich die Farbe meiner Federn“, gab der Adler zurück, „die Menschen haben mir die Königsfarbe Rot zugeschrieben, weil ich der König der Lüfte bin.“ „Versteh einer die Menschen“, empörte sich der Rote Milan, „im Brandenburger Land bin ich der König der Lüfte, aber wider besseres Wissen singen sie: ‚Steige hoch, du roter Adler‘. Das ist doch Etikettenschwindel.“ - „Was schert mich ein Schwindel, solange er meinem Ruf nützt“, sagte der Adler und schwang sich in die Lüfte.

(Aus: Havelfabeln) U.S.

Von der Spree an die Havel – ein Seitenwechsel der besonderen Art

Seit fast zwei Jahren bin ich nun Ministerin des Landes Brandenburg. Oft werde ich in diesen Tagen gefragt – und frage mich auch selbst –, wie es mir damit geht. Wie habe ich diesen Seitenwechsel von der Bundestagsabgeordneten zur Ministerin erlebt und was ist anders?

Zumindest geografisch hat sich nicht allzu viel geändert. Statt an die Spree nach Berlin fahre ich nun ins Büro an die Havel nach Potsdam. Zuständig bin ich aber nicht mehr nur für das Themengebiet Kinder- und Jugendpolitik, für einen von sechs Arbeitskreisen der LINKEN Bundestagsfraktion und für einen von zehn Wahlkreisen, sondern für ein themenreiches Ministerium inklusive dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei nachgeordnete Landesämter, das Brandenburgische Institut für Rechtsmedizin und

regional für das ganze Land Brandenburg. Eine ganz schöne Herausforderung. Doch auch hier kommt mir – wie schon in den neun Jahren im Deutschen Bundestag – mein Beruf als Sozialpädagogin zugute. Zuhören hilft, mit-



Diana Golze (DIE LINKE.)
Sozialministerin
Land Brandenburg
Foto: © BILDHAUS.Karoline Wolf

einander reden und neugierig auf das Gegenüber sein. Außerdem habe ich sowohl im

Ministerium als auch zu Hause tolle Menschen um mich herum, die mich unterstützen und mich bestärken. Ohne die Hilfe durch meine Familie und die Kolleginnen und Kollegen im Ministerium wäre so ein Pensum nicht zu schaffen.

Das Ministerium umfasst die Bereiche Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Nicht im offiziellen Titel enthalten und trotzdem in unserer Verantwortung ist die Politik für Menschen mit Behinderungen, für Seniorinnen und Senioren, die Pflegepolitik und die Integration von Geflüchteten. Allesamt dicke Bretter. Hier wird der Seitenwechsel besonders deutlich, denn in den letzten beiden Jahren wurde mir erst richtig bewusst, wie theoretisch und weit entfernt von den tatsächlichen Belangen der Menschen die Debatten oftmals im Bundestag ablau-

fen. Obwohl doch genau dort der Rahmen gesteckt wird für vieles, das sich im Land und vor Ort praktisch auswirkt. Ein Beispiel? Viele Menschen im Land Brandenburg schimpfen zu Recht über volle Wartezimmer in den Arztpraxen und lange Wartezeiten für einen Facharzttermin. Ändern kann man daran auf Landesebene oder darunter fast nichts, denn die Stellschrauben dafür sind auf der Bundesebene. Da kann eine LINKE Bundestagsfraktion als Teil der Opposition auf und nieder springen, Themen auf die Tagesordnung setzen, Anhörungen durchführen – es braucht den Handlungswillen der Regierung.

Und damit bin ich bei der Frage, wie es mir nun nach dem Seitenwechsel von der Opposition in die Regierung geht. Ich darf sagen, es tut gut, nach neun Jahren in der

Opposition auch mal was entscheiden zu dürfen. Verwaltungsvorgänge werden von den Ministerinnen und Ministern mit einem grünen Stift abgezeichnet und ich nutze meinen dazu, zum Beispiel konkrete Schritte gegen Kinderarmut zu unternehmen. Natürlich gibt es auch Schattenseiten im Leben einer Ministerin. Noch viel stärker als früher wird mein Kalender durch andere bestimmt, Zeit für die Familie muss geplant und konsequent durchgesetzt werden. Aber es überwiegt das gute Gefühl, tatsächlich etwas bewegen zu können – und genau deshalb bin ich ja mal irgendwann in die Politik gegangen.

*Diana Golze
Sozialministerin Brandenburg,
DIE LINKE.*

Ein sehr logisches Projekt

Wussten Sie, dass etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung kein oder nur ein sehr geringes Vermögen besitzt, während zehn Prozent über ein Guthaben verfügen, das mehr als zwei Drittel des deutschen Gesamtvermögens ausmacht? Etwa 40 Millionen Bundesbürger sind quasi besitzlos, denn sie müssen

ihren geringen Verdienst ausschließlich für den nackten Lebensunterhalt ausgeben. Aber es gäbe durchaus eine Möglichkeit, den Konsum der Armen zu erhöhen. Man brauchte nur den Reichen und Superreichen einen Teil ihres ungeheuren Vermögens über die Steuer zu entziehen. In Deutschland werden die Be-

güterten nämlich wie in kaum einem anderen Land von Steuern verschont, während die ärmeren Bevölkerungsschichten nicht zu knapp mit Steuern belastet werden. Die Reichen würden dadurch nicht am Hungertuch nagen und viele arme Menschen könnten sich ein bisschen mehr leisten. Das käme auch

der Wirtschaft zugute, denn die Nachfrage nach bestimmten Waren würde steigen. Dagegen würde die Arbeitslosenzahl wegen notwendiger Neueinstellungen sinken. Warum hat dieses sehr logische Projekt derzeit nicht den geringsten Hauch einer Chance? Die Antwort liegt auf der Hand: Weil die Reichen und

Mächtigen nichts mehr fürchten als weniger reich und weniger mächtig zu sein. Was tun? DIE LINKE schlägt in ihrem Programm wirksame Schritte zur Erlangung einer Einkommens- und Steuergerechtigkeit vor. Es bedarf aber einer Mehrheit, die diese Schritte gehen will.

Wilfried Weise

Erbschaftssteuerreform? Nichtmal ein Reförmchen

Der Bundesrat hat in der vergangenen Woche die Erbschaftssteuerreform verabschiedet. Das Bundesverfassungsgericht hatte die bisherigen Privilegien für Unternehmenserben schon 2014 beanstandet. Doch statt diese Privilegien einzuschränken, einigte sich eine Große Koalition von CDU/CSU, SPD bis zu den Grünen auf neue Erleichterungen. Nur Brandenburg und Thüringen hatten auf Druck der LINKEN dagegen gestimmt.

Die LINKE sieht in der Erbschaftssteuer seit jeher ein Mittel zur Herstellung sozi-

aler Chancengleichheit. Die Erbschaftssteuer ist aber in



Daniela Trochowski (DIE LINKE) Finanzstaatssekretärin - Land Brandenburg
Foto: © MdF/ J. Bergmann

der Vergangenheit zur Bedeu-

tungslosigkeit verkommen. Unternehmensverbände be-

zeichnen sie aufgrund der

angeblich hohen Unternehmensbelastung als „Jobkiller“. Allerdings: 2014 mussten auf das insgesamt ererbte und geschenkte Vermögen in Höhe von rund 109 Milliarden Euro gerade mal 5 Prozent Steuern gezahlt werden. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Lohnsteuer betrug 16 Prozent.

Die tatsächliche Höhe des vererbten Vermögens kann nur geschätzt werden. Der steuerliche Wert der Erbschaften und Schenkungen hat sich allerdings in den Jahren zwischen 2007 und 2012 von rund 33 Mrd. € auf 74

Mrd. € mehr als verdoppelt. Demgegenüber blieb das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer konstant bei rund 4,5 Mrd. €. Damit erreichte sie nicht einmal 1 Prozent des Gesamtsteueraufkommens! Wäre dies nicht Grund genug für eine wirkliche Reform der Erbschaftssteuer? Dann müssten Erben großer Vermögen mindestens einmal – bei Vermögenszugang – an die Allgemeinheit abgeben.

*Daniela Trochowski
(DIE LINKE.)
Staatssekretärin für Finanzen*

Nur Theater ums Theater? Zum Stand der Rettungsmaßnahmen für das Brandenburger Theater

**Wutbürger
aus Wittenberg**

Wie der Name schon sagt, führen Geschäftsführer die Geschäfte und künstlerische Leiter sind für die Kunst verantwortlich. Dass beide Bereiche am Theater ineinander spielen, liegt auf der Hand. Ein Blick hinter die Kulissen vieler Theater zeigt, dass es eher normal ist, wenn künstlerische und finanzielle Interessen gelegentlich miteinander im Clinch liegen. In unserer Stadt hätte dieser Clinch beinahe in einer Katastrophe geendet.

Der von der OB reaktivierte „Mann für alle Fälle“, Klaus Deschner (73), ein kühler Rechner, steht dem Theater für zwei Jahre als Geschäftsführer zur Verfügung und hat die bittere Alternative formuliert: Entweder, wir bringen die Finanzen jetzt nachhaltig in Ordnung – oder das Theater schlittert in die Insolvenz. Dabei gibt es neben hausgemachten Problemen, wie dem sehr sorglosen Umgang mit dem Geld und personellen Engpässen im Bereich Controlling, auch solche, die von der Landesregierung zu verantworten sind. Der Beschluss, den Theatern des Landes nur jeweils einzelne Sparten zu lassen – Brandenburg an der Havel durfte

seine Symphoniker behalten – hat zu starken Verwerfungen geführt. Ein Theaterverband wurde gebildet, der die Vollversorgung gewährleisten sollte, aber die Entscheidungen darüber, welche Produktionen von welchen Bühnen



WeM

eingekauft werden mussten, gingen teilweise an den örtlichen Publikumswünschen vorbei. Das Brandenburger Theater hat bei diesen Verhandlungen nicht selten den Kürzeren gezogen; der Begriff der „Zwangsabnahmen“ machte die Runde.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde am 1. Januar 2016 eine neue künstlerische Leiterin eingestellt. Katja Lebelt sah ihre Aufgabe von vornherein nicht nur darin, den Einkauf fremder Inszenierungen

besser an der Nachfrage zu orientieren, anders gesagt: die Grätsche zwischen Bildungsauftrag, Publikumsgeschmack und Auflagen der Verbundpartner besser hinzukriegen, sondern auch darin, diverse Eigenproduktionen

aus dem Boden zu stampfen. Dazu spannte sie nicht nur die Symphoniker ein, sondern z. B. auch das Jugendtheater und andere Enthusiasten. Der Spielplan für die Theatersaison 2016/17 konnte sich sehen lassen – mit dem „kleinen“ Schönheitsfehler, dass die Produktionen nicht ausfinanziert waren.

Der von Deschner eingeschlagene Konsolidierungskurs sieht verschiedene Lösungsansätze vor, die jetzt mit allen Beteiligten diskutiert werden

müssen.

Sollte man es riskieren, die künstlerische Leiterin zeitweise auf die Funktion einer geschickten Einkäuferin zurückzustutzen? Zumindest aus Sicht der „Freunde des Brandenburger Theaters“ und des Kulturausschusses wäre das unannehmbar.

Sollte man die Zahl der Symphoniker reduzieren? Das stößt auf den Widerstand nicht nur der Symphoniker selbst, sondern auch ihres Fördervereins und der treuen Konzertgänger, die dem Theater immerhin bis heute die stabilsten Einnahmen bescheren. Sollte man Abstriche bei der Lohnzahlung der Mitarbeiter vereinbaren?

Sollte man beim Land um weitere Zuschüsse ersuchen? Kulturministerin Dr. Martina Münch hat die Bereitschaft dazu signalisiert, zumal das Land einen Sinneswandel vollzogen hat: Regional verankerte Eigenproduktionen sind wieder gewünscht.

Am Ende wird wohl eine Mischung der genannten Ansätze die Rettung des Theaters ermöglichen.

*Dr. Uta Sändig
Mitglied des
Kulturausschusses*

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Berliner Zeitung“ am 29./30. Oktober einen Artikel von Arno Widmann zum Lutherjahr, aus dem wir hier einige markante Sätze zitieren:

„Es war nicht Luther, der die Welt – wie Nikolaus Kopernikus oder Giordano Bruno – aus den Fugen brachte, sondern er war einer von denen, die sie wieder richten wollten. Dass er dadurch half, sie zu Fall zu bringen, lag weit außerhalb seiner Absichten, ja seines Horizonts.“

„Der Reformator wetterte gegen die ‚mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern‘; Thomas Münzer dagegen machte sich zu deren Sprachrohr. Kein Wunder, dass die frühere DDR auf ihn, statt auf den ständig mit den Fürsten kungelnden Luther setzte.“

„Mitten in den Bauernkriegen entschloss sich Luther zur Heirat. Damit begründete er eine der wichtigsten sozialen Institutionen der mitteleuropäischen Neuzeit: die protestantische Pfarrfamilie als Stammzelle für die Einheit von Thron und Altar.“

„Jahrhunderte lang war der oberste Priester in den meisten protestantischen Staaten praktischerweise der Landesherr selbst. Dass die Kirchensteuer in Deutschland vom Staat eingezogen wird, ist eines der Überbleibsel dieser Tradition.“

*Zusammenstellung:
Redaktion Havelbrandung*

Nicht die Unschuld vom Lande

Sie ist vor etwa drei Jahren scheinbar aus dem Nichts entstanden. Sie nennt sich alternativ, ist es aber nicht. Ihre Anhänger sind konservativ bis ins Mark; ihre Anführer gehören mehrheitlich der Politikerkaste an. Die Rede ist von der AfD. Warum ist diese Partei derzeit so erfolgreich? Ein Erklärungsversuch.

Insbesondere Menschen, die sich von der Politik verlassen und ausgegrenzt fühlen, sehen in der AfD eine Fürsprecherin, die den eigenen Wünschen, Hoffnungen und Ansichten eine Stimme gibt. Teils geht es um Stammtischparolen, teils um nachvollziehbare Ängste: vor dem sozialen Abstieg, vor den fremdartigen

Flüchtlingsströme ebenso wenig interessieren wie die gesellschaftspolitischen Hintergründe für soziale Schieflagen. Die verdächtigen Passagen des Parteiprogramms hat er vermutlich nie zur Kenntnis genommen: das reaktionäre Familienkonzept,

die Belohnung der Reichen durch Abschaffung der Erbschaftssteuer, die Billigung der Hartz-IV-Gesetze... Verlassen sich die AfD-Funktionäre darauf, dass man ihre Anhänger anstandslos zum Narren halten kann? Haben sie kein Problem damit, deren Frust und vorurteilsgesättigte Suche nach Schuldigen auszunutzen? Sind sie einfach nur auf Machtgewinn getrimmte Heuchler? Eine Studie in Berlin hat ergeben, dass Schüler zwischen 14 und 18 Jahren gerade mal zu 3,9 Prozent der AfD trauen. Das lässt hoffen.

Redaktion Havelbrandung

Die etwas andere Kiefer

Eine junge Kiefer war in einem Garten am Wasser gelandet, wo sie, anstatt in die Höhe, strauchartig in die Breite wuchs. Den Gartenbesitzern gefiel die bizarre Gestalt ihres Baums und immer zu den Feiertagen schmückten sie ihn liebevoll. Das passte den Kiefern am Waldrand nicht. Sie riefen: „He, Krüppelkiefer, was willst du mit diesem auffälligen Schmuck? Er steht dir nicht zu.“ „Warum nicht?“, fragte die Verwachsene. „Weil Schmuck dazu da ist, Schönheit in ein noch schöneres Licht zu rücken. Du aber bist alles andere als schön.“ „Stimmt“, sagte die Krüppelkiefer, „aber muss ich euch deshalb um euer Ebenmaß beneiden? Auch der schönste Schmuck könnte nicht verbergen, dass ihr eine wie die andere ausseht. Ich dagegen bin einzigartig.“

(Aus: Havelfabeln) U.S.

„Ich brauche euch alle“ Anke Domscheit-Berg ist unsere Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2017

Nach ihrer Bewerbungsrede am 20. September im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) sprachen der parteilosen Anke Domscheit-Berg 64 der 76 anwesenden Genossinnen (84,21%) das Vertrauen aus und wählten sie somit zur Direktkandidatin im Wahlkreis 60 (Brandenburg an der Havel, Potsdam-Mittelmark I, Havelland III, Teltow-Fläming I) für die Bundestagswahl im kommenden Jahr.

„Ich brauche euch alle“, bat die frisch gekürte Direktkandidatin um breite Unterstützung, denn schließlich mache man so einen Wahlkampf nicht alleine. Auch einen Seitenhieb auf ihren Kontrahenten aus der SPD, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der das Direktmandat bei der vergangenen Wahl 2013 erringen konnte, teilte die geborene Premnitzerin aus: „Hat sein Wahlkreis einen Teilzeit-Abgeordneten verdient?“ Damit spielte die 48-Jährige, die mit ihrer Familie in Fürstenberg/Havel (Oberhavel) lebt, darauf an, dass Steinmeier sowohl Bundestagsab-

geordneter als auch Außenminister ist. Bei der LINKEN ist es dagegen üblich, Amt und Mandat zu trennen. Doch nicht nur Domscheit-Bergs Konkurrent um



Anke Domscheit-Berg

Foto: Tham-Fotoatelier

das Direktmandat und dessen Militarisierung der deutschen Außenpolitik sollen im Wahlkampf eine Rolle spielen. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Autorin und Publizistin gehören unter anderem der konsequente Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Frieden, der Kampf gegen den Rechtsruck, die digitale Revolution, Bildungsgerechtigkeit, die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens und

eine menschliche Geflüchtenpolitik.

Der Wahlkampf, den Anke Domscheit-Berg mit „Hirn, Herz und Leidenschaft“ führen möchte, hat begonnen.

Lassen Sie uns also gemeinsam für eine starke LINKE im Bundestag und für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu Solidarität, Mitmenschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit kämpfen.

Mehr zu Anke Domscheit-Berg erfahren Sie unter: www.ankedomscheitberg.de.

Daniel Herzog

Das Amt Nennhausen macht sich aus dem Staub

Im September 2017 stehen die nächsten Wahlen an; gewählt wird der 19. Deutsche Bundestag. Dafür wurden vor wenigen Wochen die entsprechenden Wahlkreise neu zugeschnitten. Dem hiesigen Wahlkreis 60 kam dabei das havelländische Amt Nennhausen abhanden.

Die unabhängige Wahlkreis-Kommission für den Bundestag, unter derzeitiger Leitung des Bundeswahlleiters und Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, untersucht jeweils zwischen den Bundestagswahlen die Bevölkerungsentwicklung in den 299 Wahlkreisen. Bei entsprechenden Veränderungen empfiehlt die Kommission dem Bundestag eine Vergrößerung oder Verkleinerung des betreffenden Wahlkreises.

Das Amt Nennhausen gehört nun zum Wahlkreis 56, in dem bei der vergangenen Bundestagswahl 2013 Dr. Kirsten Tackmann für DIE LINKE kandidierte.

Zum neuen Bundestagswahlkreis 60 gehören neben unserer Havelstadt die amtsfreien Gemeinden Milower Land, Premnitz und Rathenow (alle Havelland), Bad Belzig, Beelitz, Groß Kreutz (Havel), Kloster Lehnin, Seddiner See, Treuenbrietzen und Wiesenburg/Mark (alle Potsdam-Mittelmark), Jüterbog und Niedergörsdorf (beide Teltow-Fläming) sowie die mittelmärkischen Ämter Beetzsee, Brück, Niemeck, Wusterwitz und Ziesar.

Daniel Herzog

„Hast du was, dann bist du was“,
tröstet sich das Mittelmaß.
Das Talent behauptet bass:
„Kannst du was, dann bist du was.“
U.S.

Das muss drin sein: Ordentliche Löhne – auch im Kulturbereich!

Harald Petzold, der medienpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, wird nicht müde, auf Probleme der mangelnden Förderung im Kulturbereich hinzuweisen. Die Einhaltung von Tarifverträgen und die Bezahlung des Mindestlohns müssten endlich zum Kriterium der Vergabe von Fördermitteln werden. Anlässlich der Bundestagsdebatte zum Filmförderungsgesetz sagte er unter anderem: „Halbherzigkeit und gebrochene Zusagen haben wir von der Großen Koalition in vielerlei Hinsicht erleben müssen. Es ist bezeichnend, dass zeitgleich zu unserer Debatte um die Förderung von Filmschaffenden eine aktuelle Empörung im Kulturbereich aufbricht angesichts des nicht eingehaltenen Koalitionsvertrages, Kulturschaffenden eine bessere Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit zu

schaffen. Schauspieler_innen, Kameraleute, Regisseur_innen und viele mehr haben oft zeitlich begrenzte intensive Arbeitsphasen mit Leerlauf dazwischen. Dies verhindert in den meisten Fällen einen Anspruch auf ALG I und wird seitens der Bundesagentur für Arbeit als auch des Bundesrates für unangemessen erachtet. Erst jetzt wurde von der GroKo die zugesagte Reform auf unbestimmte Zeit vertagt und der unhaltbare Ist-Zustand verlängert.“ Alle freuten sich, wenn unsere Künstler im internationalen Blitzlichtgewitter stehen, aber der steinige Weg dahin werde ausgeblendet. Viele Kulturschaffende könnten nur durch Selbstaussbeutung kreative und demokratische Impulse in der Gesellschaft setzen.

Redaktion Havelbrandung

Rosen zum Weltfriedenstag



Ob nun weiße oder rote Rosen überreicht wurden – die Aktion der LINKEN, die an verschiedenen öffentlichen Plätzen unserer Stadt durchgeführt wurde, kam bei den Beschenkten gut an. Auch Gertrud Weymann und Rosi Musehold (das Foto hat eine Nachbarin geschossen) von der Basisorganisation (BO) Görden hatten viel Freude beim Verteilen der symbolträchtigen Blumen und berichteten hinterher begeistert von dem positiven Echo, das ihnen entgegengebracht wurde. „Die Menschen lobten unsere Initiative, sprachen aber auch über Probleme und Ängste. Viele haben das Gefühl, dass der Weltfrieden derzeit ernsthaft bedroht ist. Gerade die Älteren fühlen sich an Zeiten des kalten Krieges erinnert“, so Rosi Musehold.

Dr. Uta Sändig

Pflegen bis der Arzt kommt

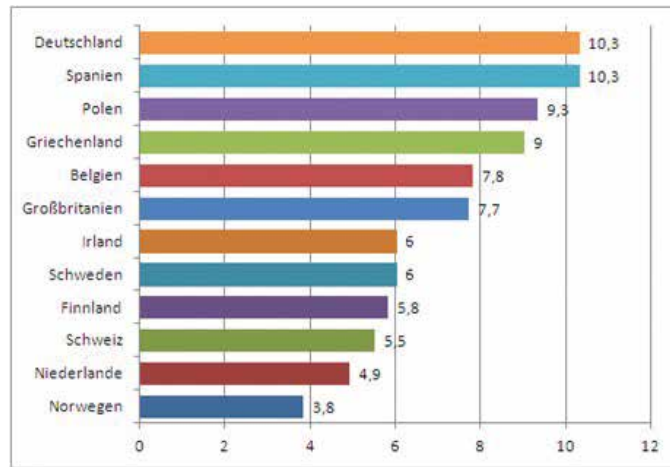
Das muss drin sein: 100.000 zusätzliche Pflegekräfte

In deutschen Kliniken herrscht Pflegenotstand. Deshalb fordert DIE LINKE im Zuge ihrer Kampagne „Das muss drin sein.“ die Einstellung von 100.000 neuen Pflegekräften. Beschäftigte, PatientInnen und Angehörige demonstrieren in den kommenden Monaten auf Plätzen und vor Krankenhäusern für mehr Personal in den Kliniken, natürlich auch in unserer Stadt.

Ausgerechnet die, die sich um die Gesundheit anderer kümmern, gehören zu den Berufsgruppen mit den höchsten Krankenständen: **Schwester und Pfleger werden überdurchschnittlich oft krank und bleiben es länger als Beschäftigte aus anderen Berufsgruppen.** Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung leiden Pflegekräfte besonders oft an Muskel-Skelett-Erkrankungen, aber auch an Burn out und anderen psychischen Störungen. Mehr als jede zweite Pflegekraft geht davon aus, vorzeitig ihren Beruf aufgeben zu müssen, weil der Stress zu hoch ist. Kein Wunder: Heute gibt es in den Kliniken 14.000 weniger Vollzeitstellen für Pflegekräfte als im Jahr 2000. Dabei ist die Zahl der stationär Behandelten seit der Jahrtausendwende von 17,3 Millionen auf 19,1 Millionen im Jahr gestiegen.

Den Stress der Beschäftigten

bekommen auch die Kranken und ihre Angehörigen zu spüren. Viele machen in Kliniken die Erfahrung, dass Pflegekräfte zu wenig Zeit für sie haben – ausgerechnet in einer Lebenslage, in der sie neben der medizinischen Versorgung Zuspruch und Beistand brauchen. Das muss aufhören. Betriebliche und tarifvertragliche Lösungen für mehr Personal wie an der Berliner Charité sind gut – eine einheitliche gesetzliche Vorgabe, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten benötigt werden, ist besser.



DIE LINKE will mit ihrer Forderung „100.000 Pflegekräfte einstellen“ Druck auf die Bundesregierung ausüben. Die Forderung ist Teil der Kampagne „Das muss drin sein.“, die sich unter anderem gegen Leiharbeit und befristete Beschäftigung richtet.

Kliniken setzen immer mehr auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse, um auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sparen. **Krankenhäuser wurden in den letzten 20 Jahren zu Unternehmen umgebaut, viele privatisiert – es geht oft nur noch um Kosteneinsparung und Profit.** Während die Bundesregierung das Problem ignoriert, kämpfen in immer mehr Kliniken die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal.

DIE LINKE unterstützt die gewerkschaftlichen Kämpfe und fordert eine gesetzliche Personalbemessung, um den Personalnotstand zu bekämpfen. Das heißt konkret: Die Bundesregierung muss in einem Gesetz regeln, wie viele Pflegekräfte für eine

bestimmte Zahl von Patientinnen und Patienten mindestens in einer Klinik tätig sein müssen. Verbindliche Vorgaben gewährleisten, dass die Beschäftigten nicht chronisch überlastet sind und genug Zeit für Kranke und ihre Angehörigen haben. **In Norwegen ist eine Pflegekraft für vier Kranke zuständig, in Deutschland für zehn.**

Unsere Gesundheitsministerin Diana Golze (DIE LINKE.) unternimmt bereits viel gegen den Pflegenotstand. Aber ohne eine bundesweit geltende gesetzliche Personalbemessung sind ihre Möglichkeiten begrenzt.

Es stimmt, 100.000 Pflegekräfte einzustellen kostet viel Geld – etwa 5 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich zu den bereits jährlich fälligen 22,23 Milliarden Euro für Pflegekräfte. **Aber das könnte mit einer einfachen Maßnahme finanziert werden: indem die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wiederhergestellt würde.** Zurzeit zahlen die Arbeitgeber vom Beitragssatz nur 7,3 Prozent, die Beschäftigten müssen – je nach Zusatzbeitrag – im Schnitt 8,4 Prozent aufbringen. Wird der Beitragssatz für die Krankenkassen um 0,3 Prozent angehoben und gleichzeitig die paritätische Finanzierung wiederhergestellt, würden die

Beiträge für die Beschäftigten sogar geringfügig sinken.

„Wir brauchen staatliche Vorgaben in Form einer gesetzlichen Personalbemessung, um für alle Kliniken verbindliche Mindeststandards für eine ausreichende Zahl an Pflegekräften durchzusetzen“, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Bundesweit sammelt DIE LINKE deshalb bis Mitte nächsten Jahres Unterschriften für dieses Ziel. Jede und jeder kann unterschreiben: im Internet oder in den Geschäftsstellen der LINKEN.

Über entsprechende Termine und Aktionen berichten wir in der nächsten Havelbrandung.

Mehr Informationen zur Kampagne „Das muss drin sein.“

Unterschreiben für eine gesetzliche Personalbemessung hier: www.das-muss-drin-sein.de

Alle Termine zur Kampagne hier: www.die-linke.de/nc/kampagne/termine/

Fragen stellen hier: das-muss-drin-sein@die-linke.de

Per Post hier: DIE LINKE, „Das muss drin sein.“, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Redaktion Havelbrandung
(unter Verwendung eines Materials des Bundesvorstands der LINKEN)

Hilfe für die Cuba Sí-Projekte nach Hurrikan Matthew

Man liest die Meldungen, sieht die Bilder – was ein Hurrikan aber tatsächlich für die Menschen in der betroffenen Region bedeutet, ist nur schwer fassbar. Hurrikan Matthew zog in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 300 km/h über den Ostteil Kubas. Viele Familien haben durch „Matthew“ ihre Häuser verloren. In der Stadt Baracoa sind rund 90 Prozent der Dächer zerstört oder beschädigt. Zehntausende Menschen müssen sich in Notunterkünften aufhalten. Kuba hatte vor dem Eintreffen des Hurrikans 1,3 Millionen

Menschen evakuiert – dadurch muss das Land keine menschlichen Opfer beklagen.

In den meisten Medien wird Kuba in der Berichterstattung über die Auswirkungen des schweren Wirbelsturmes nicht erwähnt. Aber auch in dem sozialistischen Land sind die materiellen Schäden enorm.

Auch unser Milchprojekt in der Provinz Guantánamo (in den Kreisen Yateras und Imías) ist vom Hurrikan betroffen. Gegenwärtig sind die Mitarbeiter dabei, eine präzise Auflistung der Schäden an Wohnraum und Produktionsanlagen

vorzunehmen.

Bitte helfen Sie mit einer Spende, damit die entstandenen Schäden schnell beseitigt werden können. Wer spenden möchte, sollte unbedingt

Cuba Sí

den korrekten Verwendungszweck bei der Überweisung angeben. (Als AG der LINKEN müssen die Spenden unseren konkreten Projekten zugeordnet sein – eine allgemeine Katastrophenhilfe ist Parteien nicht gestattet.) Vielen Dank

für Ihre und Eure Unterstützung.

Spenden an: DIE LINKE/Cuba Sí, IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BE LA DE BE XXX

Verwendungszweck: „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“.

Auch der Dachverband der Kuba-Solidaritätsgruppen hat für die Katastrophenhilfe ein Spendenkonto eingerichtet.

Diese Spenden gehen an: Netzwerk Cuba e.V., IBAN: DE58 1001 0010 0032 3331 00, BIC: PB NK DE FF

Verwendungszweck: „Spende

Hurrikan Matthew“

Wenn Sie eine Spendenquittung wünschen, bitte in der Überweisung vermerken und Adresse angeben.

Ein interessanter Nachtrag: Trotz der schwierigen Lage im eigenen Land schickt Kuba 38 Mediziner der internationalen Brigade Henry Reeve nach Haiti. Sie werden die 600 bereits dort arbeitenden kubanischen Ärzte bei der Versorgung der Bevölkerung unterstützen.

Cuba Sí

Bella gibt ihren Senf dazu

Hallo Leute,

sie ham es doch wirklich getan! Ick meine die Linken; ham das Zweckbündnis mit der CDU platzen lassen. Oder war es umgekehrt? Wie sagt meine Oma immer? Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Und nun ist er



eben jebrochen. Aber ob det so klug von den Linken war, den Bruch zu riskieren? Meine Freundin Karla, die unseren Salon „Scharfe Schere“ auch mal wieder besuchte, hielt mit ihrer Verwunderung nicht hinterm Berg. „Ist schon komisch“, sagte sie, während ick ihr eine Kurpackung machte, „dass die keenen gemeinsamen Nenner mehr finden, wo doch die meisten von ihnen früher in een und

dieselbe Partei waren.“ Ick gab zu bedenken, dass der kleine, aber feine Unterschied wohl darin besteht, dass die eenen aus so wat wie Idealismus und die anderen aus Kalkül in der SED waren. Und die aus Kalkül drin waren, haben sich schnellstens verdrückt, als sie merkten, dass sie mit dem SED-Parteibuch nix mehr werden konnten. Moderner Ablasshandel: Ick jebe mein Parteibuch zurück und bin von allen Sünden befreit. „Dit mag ja alles sein“, sagte Karla, „aber wat ham denn die Linken davon, dass sie jetzt nicht mehr stramm mit der CDU stimmen? Vielleicht ein jutes Jefühl, aber wat nützt det beste Jefühl, wenn man in der Minderheit ist und nix mehr bewegen kann?“ Nix mehr bewegen? Ick bin da nicht so sicher. Meine Oma hat ja für alles einen Spruch, und zu den momentanen Siegern würde sie vielleicht sagen: Mann kann sich auch zu Tode siegen. Dit wünsch ick nun allerdings niemandem, meint

Eure Bella Branne

Zweitwohnsitz

Den Laubenpiepern der Havelstadt Brandenburg drohte eine Zweitwohnsitzsteuer, sobald ihre Laube in Größe und Komfort eine bestimmte enge Grenze überstieg. „Warum sollen wir für den saisonalen Umzug in die Sommerfrische zahlen“, fragte ein Gartenfreund, „während betuchte Zuzügler das ganze Jahr über im Grünen sitzen, womöglich mit Havelblick?“ „Weil jedes Privileg seinen Preis hat“, sagte der zuständige Verwaltungsbeamte. „Aber diesen Preis begleichen wir doch, indem wir im Winter nur eine enge Plattenbauwohnung nutzen.“ „Ihr Pieper wollt eine uralte Weisheit nicht akzeptieren: Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen. Und damit ist nicht der Misthaufen in eurem Garten gemeint“, sagte der Beamte, der selbst ein Wassergrundstück sein Eigen nannte.

(Aus: Havelfabeln) U.S.



Soziale Gerechtigkeit – ein stimmiger Begriff?

Dem Begriff sozial haftet eine gewisse Mehrdeutigkeit an: Er bezieht sich nämlich nicht nur auf die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern auch auf die ökonomische und politische Struktur der Gesellschaft, auf die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu unterschiedlichen Gruppen und Schichten, auf deren unterschiedliche wirtschaftliche Situation. Für diese Unterschiedlichkeit hat der Volksmund einen treffenden Spruch parat: Alle Menschen sind gleich, aber manche sind eben gleicher. Solange soziales Empfinden und Engagement die soziale Ungleichheit der Menschen als gegeben

hinnimmt, bleibt Gerechtigkeit ein frommer Wunsch, eine Leerformel, die zu füllen nicht wirklich beabsichtigt ist.

Warum ist das so? Gerech-

Aus unserer Rubrik:
Im Lexikon geblättert

tigkeit ist mit Recht und richtig verwandt und meint das Denken und Handeln gemäß geltendem Recht bzw. herrschenden Rechtsvorstellungen. Die offiziellen Rechtsnormen müssen aber mit dem individuellen oder dem Rechtsempfinden einzelner Gruppen nicht übereinstimmen. Ob jemandem Gerech-

tigkeit zuteil wird oder nicht, hängt wesentlich von der sozialen Lage ab, in der er sich befindet. Auch diese Diskrepanz kommentiert der Volksmund treffend: Recht haben und Recht bekommen ist zweierlei.

Ein Mensch, der sich von seinem natürlichen Rechtsempfinden leiten lässt und seinen Mitmenschen nicht schaden will, wird als rechtschaffen bezeichnet. Nicht wenige halten diese Eigenschaft für naiv, unzeitgemäß und für das Gegenteil von clever. Sie sind auf dem besten Wege, ihr Unrechtsbewusstsein einzubüßen.

Dr. Uta Sändig

Unsere lieben Loser

Vorsicht, Glosse

Es ist schon ein paar Wochen her, dass Sina Schmidt gewann, indem sie verlor. In bester Dschungelcamp-Manier wurde wochenlang ihr Speckgürtel und der anderer strammer SAT.1-Mollis in jeder Sendung etwas enger geschnallt. Motto: Abspecken bis die Waage quietscht! Dem „Biggest Loser“ winkten 50.000 €. Eine Menge Geld, und wenn man das in Big Macs anlegt ... denn schließlich ist nach der Show auch vor der Show! Und der Jo-Jo-Effekt kommt bestimmt.

Mit einem Fettagge immer dabei im Hungercamp: Herr Lauterbach, der Pfundskerl aus dem MAZ- Lokal, der auf Sinas Body-Maße stierte wie ein Frankfurter Börsen-Junkie auf den DAX. Am Ende hat nun ausgerechnet ein Herr Ali aus Nürnberg gewonnen, was Alexander Gauland mit den islamischen Hungerbefehlen im Ramadan in Verbindung gebracht haben soll. Allerdings wolle er nicht persönlich werden, denn er kenne Ali noch weniger als dessen Nachbarn

Herrn Boateng ... oder so ähnlich.

Mit rekordverdächtigen Masseverlusten kann aber auch die Brandenburger SPD punkten. Gleich ein Drittel ihrer Fraktion ist von den SPD-Bänken aufgesprungen und hat die Parteibücher auf den Tisch gedonnert; nach unbestätigten Angaben von Norbert Langerwisch soll der Fraktions-Schwund in Kilogramm gerechnet sogar noch weitaus größer gewesen sein! Und das alles nur, weil zehn einfältige Smartphone-Spätsemester monatelang die virtuelle Meuterei üben wollten. Solche kleinen Schlamm-schlachten muss man aber nicht überbewerten! Man hätte dieser Truppe per WhatsApp einfach nur mitteilen sollen, dass es in der Natur von Netzwerken liegt, aus Löchern zu bestehen; da rutschen schon mal „Aas“, „Schleimscheißer“ sowie das eine oder andere „Arschloch“ ungewollt durch die Maschen ins Freie. Vielleicht ist die neue Stieger-Truppe „Bürger

für Bürger“ aber auch nur der letzte Versuch einer politischen Insolvenzverschleppung.

Apropos: Günther Krause hat auch schon wieder eine Pleite hingelegt! Die wievielte eigentlich? Diesmal sollte Müll zu Öl werden, fast wie bei seinem Einigungsvertrag, nur umgekehrt. Aber alles hat etwas Gutes: In Kirchmöser wird eine Villa frei.

Auch bei Scheidungen sollen ja zuweilen die Pfunde purzeln. Das nennt man dann Kummerdiät. Zwar ist nicht belegt, dass die Brandenburger LINKE derzeit eine solche absolviert, aber ihre Möglichkeiten, als Gewinner aus der Trennung von der CDU hervorzugehen, sind momentan gleich Null. Die Chancen, im Polit-Wettbewerb mit der CDU und ihren neuen Trabanten zu punkten, sind geschwunden wie die Pfunde von Sina Schmidt. Vorerst jedenfalls; vielleicht sollte man ja auf den Jo-Jo-Effekt setzen.

Hans-Joachim Lass

Porträt Andreas Martin

Andreas Martin ist 48 Jahre alt, hat eine erwachsene Tochter und zwei Enkelkinder und lebt mit seiner Partnerin in der Altstadt Brandenburg. Der Kommunikationstechniker sitzt seit 2008 für unsere Fraktion als Sachkundiger Einwohner im Jugendhilfeausschuss, ist seit 2011 Mitglied unseres Kreisvorstandes und seit diesem Jahr Kreiswahlkampfleiter.

HB: Andreas, du bist seit 2008 Mitglied der LINKEN, was hat dich zu dem Parteieintritt bewegt?

A. M.: Die Linke ist die einzige Partei, die den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft ernst nimmt und eine wirkliche Friedenspolitik verfolgt. Ich war von 1987 – 2003 Mitglied der ehemaligen Arbeiterpartei SPD, die ich nach der Schröderschen Basta-Politik mit der Agenda 2010 und wegen des Umgangs miteinander in der SPD Brandenburg verlassen habe. Der zwischenzeitliche Versuch, mit der Wählerinitiative Wirtso den Menschen ein unabhängiges Angebot

zu machen, fand leider recht wenig Resonanz. Und wenn



Andreas Martin (DIE LINKE) Kreisvorstand Brandenburg an der Havel

man in unserer Gesellschaft ernsthaft etwas verändern will, braucht es eine größere Anzahl von Menschen, die ähnliche Ziele verfolgen.

HB: Welche Erfahrungen hast du bei den LINKEN sammeln können?

A. M.: DIE LINKE vereint Menschen mit den unterschiedlichsten Biographien und Lebensentwürfen. Ich lebe seit 1990 in Brandenburg an der Havel und hatte bis zu

meinem Parteieintritt wenig Berührungspunkte mit Leu-

ten, die sich bereits vor 1989 politisch auf der Seite der staatsreuen Parteien engagiert haben. Bei den LINKEN habe ich einige dieser Menschen näher kennen gelernt und deren sehr kritischer Umgang mit der eigenen Biographie und Verantwortung für Fehlentwicklungen hat mich oft beeindruckt. Hier hat man es nicht mit so genannten Wendehälsen zu tun. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die positive Entwicklung unserer politischen Kultur im

vereinigten Deutschland, das fehlt in anderen Parteien.

HB: Einigen in der Stadt bist du ja als „Altstädter“ bekannt. Was wollt ihr im Bürgerhaus Altstadt erreichen?

A. M.: Hier haben sich Menschen versammelt, die ihr eigenes Lebensumfeld kulturell bereichern wollen, auf der Grundlage der besonderen Geschichte des Ortes. Ein Beispiel dafür ist unser Bierbrau-Projekt. Brandenburg, und insbesondere die Altstadt, war einmal ein Ort mit lebendiger Braukultur. Diese Geschichte wollen wir wiederbeleben. Winston Churchill hat einmal gesagt: „Je weiter wir zurückschauen können, desto besser sehen wir in die Zukunft.“

Ähnliches gilt auch für andere Handwerkstraditionen, wie das Backen, das wir mit unserem altdeutschen Brot-Backofen in der Bäckerstraße reanimiert haben.

Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, dass die Menschen einen Anlaufpunkt haben, für Debatten und Aus-

einandersetzungen mit dem eigenen Umfeld.

HB: Ist die LINKE in deinen Augen eine etablierte Partei? Was unterscheidet uns (noch) von den anderen Parteien?

A. M.: Natürlich ist die LINKE etabliert. Das heißt ja nur, dass sie in der Mitte der Gesellschaft steht und keine Randerscheinung ist. Etabliert heißt nicht automatisch, dass man nicht mehr unterscheidbar ist. Unser Augenmerk ist in erster Linie auf die gerichtet, die von dem zurzeit herrschenden Wirtschaftssystem benachteiligt werden, unabhängig von deren Herkunft. Friedenspolitisch sind wir auf jeden Fall unterscheidbar. Regierungsbeteiligung kann wichtig werden, wenn wir unsere Ziele ernst nehmen, aber Auslandseinsätze der Bundeswehr kann und darf es dann nicht mehr geben, sonst werden wir unglaublich.

Die HB bedankt sich für das Gespräch und wünscht persönlich und politisch weiterhin alles Gute.

Für die HB fragte D. Herzog

Kein Grund zum Stolz Deutschland erhöht seine Verteidigungsausgaben

In Zeiten des Kalten Krieges gab es in Europa durch die Existenz von NATO und Warschauer Pakt ein militärisches Gleichgewicht, welches beide Seiten dazu gezwungen hat, miteinander zu reden und auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Was hat sich seitdem verändert? Mit der Osterweiterung der NATO wird ihr Streben nach militärischer Überlegenheit immer offensichtlicher. Mussten oder sollten die baltischen und osteuropäischen Staaten unbedingt Mitglied der NATO werden? Warum werden jetzt Lücken in dem Vertrag zum Verzicht auf Stationierung zusätzlicher Truppen in den osteuropäischen Staaten gesucht, indem man die Truppen rotieren lässt?

War die Zurückholung der Krim nicht die zu erwartende

Reaktion Russlands auf seine militärische Einkreisung durch die NATO? Meinen die NATO-Strategen wirklich – allen voran unsere sogenannte Verteidigungsministerin –, dass die Russen Krieg gegen ganz Europa führen wollen? Wäre es nicht an der Zeit, besonders den Amerikanern gegenüber deutlich zu machen, dass Europa kein Interesse am Säbelrasseln hat? Schließlich haben die USA schon auf fast allen Kontinenten ihre Spuren von Tod und Verwüstung hinterlassen. Falls ihre in Deutschland lagernden Atomwaffen zum Einsatz kommen sollten, bleibt auch von unserem Land nicht viel übrig. Und dass sie vor einem Atomschlag nicht zurück schrecken, haben sie schon einmal bewiesen.

Es gibt für unsere Vertei-

digungsministerin keinen Grund, auf die Erhöhung ihres Etats auf 130 Mrd. Euro zum weiteren Ausbau der militärischen Überlegenheit stolz zu sein. Statt dessen sollte sie lieber verkünden, dass Deutschland nur noch in die friedliche Lösung von Konflikten investiert. Die 130 Mrd. lassen sich doch viel sinnvoller verwenden als für militärische Muskelspiele. Vielleicht sollte man einfach mal das Volk fragen, wofür das Geld ausgegeben werden könnte.

Allerdings ist es bedauerlich, dass der Widerstand im Volk gegen diese Politik so gering ist. Offenbar sind die Lehren aus der Geschichte schon wieder in Vergessenheit geraten.

Bernd Vogel

Indisches Dhal

Aus unserer Rubrik:
Kochen mit Links

Dhal, auch Daal oder Dal, ist ein Grundnahrungsmittel in Indien. Es wird vorwiegend aus Hülsenfrüchten wie Kicher-

1 kg Tomaten
200 g rote Linsen
2 TL Zitronensaft
200ml Kokosmilch
250ml Wasser



erbsen, Bohnen oder Erbsen zubereitet, aber üblicherweise werden dazu Linsen verwendet. Diese werden mit Knoblauch, Chili, Zwiebeln und Kreuzkümmel zu einem Brei zerkocht, der dann mit Reis oder Brot gegessen wird. Es gibt eine Vielzahl verschiedener Rezepte.

Zutaten für vier Personen
25 ml Öl
2 Knoblauchzehen
1 Zwiebel
1/2 TL Kurkuma (Gelbwurz)
1 TL Cumin (Kreuzkümmel)
1/4 TL Chilipulver

Zubereitung:
Zwiebel und Knoblauch klein schneiden und im Öl unter Rühren 2 - 3 Minuten glasig braten. Kurkuma, Cumin und Chilipulver hinzugeben und kurz anbraten. Die Tomaten würfeln, mit den roten Linsen dazugeben und mit Kokosmilch, Zitronensaft und Wasser ablöschen. Das Dhal zum Kochen bringen, dann die Hitze reduzieren. Das Ganze nicht abgedeckt 25 - 30 Minuten köcheln lassen, bis alles zu einem Brei zerkocht ist. Bei Bedarf etwas mehr Wasser zugeben, um das Anbrennen zu verhindern. Am besten mit Reis servieren, los mampfen und schmecken lassen!

*Jule Moosdorf
und Daniel Herzog*

Bilderrätsel – Offene Türen

Obwohl die Türen, die unsere Abbildungen zeigen, geschlossen sind, so stehen sie doch allen Brandenburgern weit offen. Die Räumlichkeiten dahinter werden von einer Vielzahl von Besuchern frequentiert. Die Türen bzw. Gebäude befinden sich in drei Stadtteilen unserer Havelstadt. Wir suchen die jeweilige Institution, die darin untergebracht ist. Die Institution hinter der Tür Abbildung 1 ging im Jahr 2007 neu an den Start. Suchen wir

- a) die Gebrüder-Grimm-Schule,
- b) das Bürgerhaus Hohenstücken oder
- c) das Ärztehaus in Hohenstücken?

Durch diese Tür (Abbildung 2) sind schon sehr viele Menschen gegangen. Sie zierte ein Haus in der Neustadt. Befindet sich hinter dieser Tür

- a) ein Teil der Stadtverwaltung,
- b) eine Bibliothek oder
- c) eine Einrichtung für Blutspender?

Abbildung 3 zeigt ein Haus in der Altstadt. Auch dieses wird durch viele Einwohner der Stadt besucht. Geht es durch diese Tür

- a) zur Stadtverwaltung in der Klosterstraße,
- b) in das Altstädtische Rathaus oder
- c) zum Bürgerservice am Nicolaipplatz?

Wir wünschen allen Ratetüchsen viel Spaß. Die Gewinner können sich wieder auf drei Cityschecks freuen. Einsendeschluss ist der 31.12.2016.



Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 2/2016

In der letzten Ausgabe hat der Fehlerteufel das Bilderrätsel erwischt. Die Fotos waren nicht mit einer Nummer versehen. Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung.

Zwei der Standorte waren ein Fake. Derzeit befindet sich kein Waldmops in der Nähe des Steinturms bzw. am alten Stadtbad. Das Foto oben links zeigt einen Mops in der Nähe der Johanskirche. Der Waldmops oben rechts treibt sich auf dem Packhofgelände herum, der unten links schaut vom Anleger der Neustadt zum Dom. Der unten recht gezeigte Mops kraxelt eine Treppe zu einem Haus unter den Domlinden hinauf.

Auf einen City-Scheck können sich freuen: Ines Weser, Helmut Wiese (beide Brandenburg an der Havel) und Beate Kizinski (Berlin).

Was? Wann? Wo?

November

- 09.11.16 – 10.00 Uhr – geschäftsführender Vorstand
- 14.11.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung
- 14.11.16 – 18.00 Uhr – Forum „Nein heißt Nein“ – BBAG Gotthardtkirchplatz 10
- 14.11.16 – 18.00 Uhr – „Friedenspolitik“ ist alternativlos – Lighthouse am Hbf.
- 16.11.16 – 09.30 Uhr – Bürgerfrühstück
- 22.11.16 – 16.00 Uhr – BO-Vorsitzendenberatung
- 22.11.16 – 18.00 Uhr – Vorstand
- 24.11.16 – 18.00 Uhr – Informationsveranstaltung barrierefreies WLAN
- 28.11.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung

Dezember

- 07.12.16 – 10.00 Uhr – geschäftsführender Vorstand
- 14.12.16 – 09.30 Uhr – Bürgerfrühstück
- 14.12.16 – 18.00 Uhr – Vorstand
- 19.12.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung
- 20.12.16 – 16.00 Uhr – BO-Vorsitzendenberatung

seit September immer freitags 13.00 – 15.00 Uhr Internetcafé für Geflüchtete
(nur auf Anfrage und Anmeldung)

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstraße 1-2, statt.

Weitere Termine auf <http://tinyurl.com/zjpxlvr>

Änderungen und Ergänzungen vorbehalten, beachten Sie auch aktuelle Pressemitteilungen.

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner

Wolfgang Bonatz

Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 03/2016, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Lutz Krakau, E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, Auflage: 15.000 Stück, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), Jule Moosdorf, Redaktion: Robert Kleiber, Lutz Krakau, Andreas Kutische, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, Grafik: DIE LINKE Brb. (1), DIE LINKE (5), Cuba sí (5), Privat (6)
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel

- Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61